EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 7.10.2020
COM(2020) 620 final

ANNEX 1

ANHANG

der

MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN RAT

Eine Union der Gleichheit:
Strategischer Rahmen der EU zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma

{SWD(2020) 530 final}

Anhang 1: Leitlinien zur Planung und Umsetzung nationaler strategischer Rahmen für die Roma

BEKÄMPFUNG VON ANTIZIGANISMUS

Dank der Arbeit der Allianz gegen Antiziganismus, des Europäischen Parlaments und des Europarats[1] zeichnet sich ein Konsens darüber ab, dass Antiziganismus (eine spezifische Form des Rassismus gegen Roma) zu einer anhaltenden Ausgrenzung der Roma beiträgt. Da Antiziganismus und Ausgrenzung zusammen einen Teufelskreis bilden, sollten sie gemeinsam bekämpft werden. Der Kampf gegen Diskriminierung und Antiziganismus wird zum Erfolg der Inklusionsmaßnahmen beitragen, was wiederum eine größere Offenheit und Akzeptanz in der Gesellschaft fördern wird. Die Bekämpfung von Antiziganismus und die Förderung von Vielfalt und Inklusion machen die Beteiligung der Gesellschaft als Ganze erforderlich, d. h. sowohl der Roma- als auch der Nicht-Roma-Gemeinschaften. Dabei geht es um die Stärkung der Gestaltungs- und Entscheidungsmacht von Roma und die Auseinandersetzung mit allgemeinen (auch institutionellen) Einstellungen und Verhaltensweisen. Gleichstellungsstellen könnten privilegierte Partner der nationalen Roma-Kontaktstellen (National Roma Contact Points, NRCP) sein, wenn es darum geht, Standards für die Umsetzung zu schaffen und sich für eine stärkere Ausrichtung der Strategien auf die Bekämpfung von Diskriminierung einzusetzen.

Nationale strategische Rahmen für die Roma sollten

- **einen eigenständigen Schwerpunkt auf der Bekämpfung des Antiziganismus enthalten**, um:
  1) Antiziganismus und die Verantwortung, dagegen vorzugehen, anzuerkennen;
  2) die historischen Dimensionen von Antiziganismus, insbesondere den Roma-Holocaust, anzuerkennen; das Bewusstsein für die Geschichte der Roma zu stärken und die Aussöhnung zu fördern;
  3) das Bewusstsein für den gegenseitigen Nutzen von Vielfalt und Inklusion zu schärfen; positive Narrative zu schaffen; Vorbilder zu fördern; zwischengemeinschaftliche Begegnungen und interkulturelles Lernen unterstützen, um Stereotypen und Fehlinformationen über Roma in Bildung, Medien, Kunst, Kultur und Geschichte zu beseitigen;
  4) Diskriminierung als Ausdruck von Antiziganismus zu bekämpfen;
  5) Hassreden und Hassverbrechen als Manifestationen von Antiziganismus zu bekämpfen und dazu zu ermutigen, vorurteilsmotivierte Verbrechen, Belästigungen und Gewalt zu melden;
  6) den Zugang zur Justiz für Opfer von Antiziganismus und Diskriminierung zu fördern;
  7) die Roma besser über ihre Rechte aufzuklären und
  8) die systemische/institutionelle/strukturelle Diskriminierung[2] der Roma abzubauen und zu verhindern;
- **als übergreifende/horizontale Priorität Antiziganismus verhindern und bekämpfen**, und zwar in allen sektoralen Politikbereichen, um:
  1) Segregation, Mobbing und Belästigung im Bildungswesen zu bekämpfen; das Schulpersonal zu sensibilisieren;
  2) Diskriminierung in der und beim Zugang zur Beschäftigung zu bekämpfen und die Arbeitgeber

[1] *Antiziganismus – Grundlagenpapier*, Berlin/Budapest, 2017; Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. April 2015 zum Internationalen Roma-Tag — Antiziganismus in Europa und Anerkennung durch die EU des Tags des Gedenkens an den Völkermord an den Roma während des Zweiten Weltkriegs; Bericht des Europäischen Parlaments über Grundrechtsaspekte bei der Integration der Roma in der EU: Bekämpfung des Antiziganismus (2017/2038(INI)); Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Februar 2019 zur Notwendigkeit eines verstärkten strategischen Rahmens der EU für nationale Strategien zur Integration der Roma und für eine intensivere Bekämpfung des Antiziganismus für die Zeit nach 2020; ECRI 2012 Allgemeine Politik-Empfehlung Nr. 13 – Bekämpfung von Romafeindlichkeit und der Diskriminierung von Roma; Erklärung des Ministerkomitees des Europarates zum Anstieg des Antiziganismus und zur rassistisch motivierten Gewalt gegen Roma in Europa.

[2] Systemische Diskriminierung entsteht aus Ungleichheiten, die sich aus der Gesetzgebung, Politik und Praxis ergeben. Diese werden oft nicht absichtlich herbeigeführt, sondern sind das Ergebnis einer Reihe institutioneller Faktoren bei der Ausarbeitung, Umsetzung und Überprüfung der Gesetzgebung, Politik und Praxis. Siehe Roma and traveller inclusion: towards a new EU framework, learning from the work of equality bodies.

zu sensibilisieren;

3) Diskriminierung beim Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung zu bekämpfen; parallele, segregierte Dienste abzuschaffen; Menschenrechtsverletzungen zu verhindern (z. B. Zwangsabtreibung und Zwangssterilisation); das Gesundheitspersonal zu sensibilisieren;
4) die räumliche Segregation zu bekämpfen; Zwangsräumungen ohne alternativen Wohnraum zu verhindern; die Behörden zu sensibilisieren und
5) regelmäßig Gleichstellungsdaten zu sammeln (Daten über Diskriminierungserfahrungen; Daten von Gleichstellungsstellen über Fälle von Diskriminierung).

GENERATIONSÜBERGREIFENDE ARMUT BEKÄMPFEN

(mit Schwerpunkt auf dem Schutz von Kindern und durch bessere Nutzung von EU-Mitteln)

Die Bekämpfung der generationsübergreifenden Armut und Ausgrenzung ist entscheidend für die Verbesserung der Situation marginalisierter Roma. Ausgrenzung und Diskriminierung beim Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsversorgung und Wohnraum beeinträchtigen die Entwicklung der Kinder und können sich wiederum auf ihre zukünftige Elternschaft auswirken, was zu einer weiteren Benachteiligung ihrer eigenen Kinder führt. Der Teufelskreis von Ausgrenzung und Diskriminierung wird sich zwangsläufig fortsetzen, wenn nicht in erheblichem Maße eingegriffen wird, um die Grunddynamik umfassend anzugehen und eine bessere Zukunft für die nächste Generation zu planen. Das erfordert, den **Fokus auf die Kinder** zu richten und diesen über einen längeren Zeitraum aufrechtzuerhalten.

Nationale strategische Rahmen für die Roma sollten

- einschlägiges Fachwissen auf allen Verwaltungsebenen zur Formulierung von Kinderschutzmaßnahmen mobilisieren; angemessene Mittel für die frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung sowie für die Bildung (z. B. Stipendien, Mentorate, außerschulische Betreuung), für die Ernährung, persönliche Entwicklung und Arbeit mit Familien bereitstellen;
- zur Teilnahme an frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung anregen;
- Frauen, Kinder und junge Menschen durch Strategien zur Bekämpfung von Verbrechen wie Menschenhandel schützen, gegebenenfalls auch in Bezug auf alle Formen der Ausbeutung (sexuelle Ausbeutung, Ausbeutung der Arbeitskraft, Zwangsbettelei und die Ausnutzung krimineller Aktivitäten für erzwungene und ausbeuterische Scheinehen), und ihnen den Zugang zu Hilfe, Unterstützung und Schutz ermöglichen;
- den Zugang zu gemeindenahen und im familiären Umfeld erbrachten Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen und Kinder, denen elterliche Fürsorge fehlt, verbessern; Maßnahmen zur Verhinderung der Institutionalisierung durch Unterstützung von Familien in prekären Situationen und von Menschen mit Behinderungen verstärken;
- eine langfristige Nachhaltigkeit der Unterstützungsmaßnahmen für Kinder und ihre Familien sicherstellen, um die Bedingungen für die nächste Generation zu verbessern;
- die Planung von finanziellen Unterstützungen und Investitionen auf eine genaue Analyse der Grundursachen der Marginalisierung (sozioökonomische Ausgrenzung und Diskriminierung) stützen; durch systematische Evaluierungen und Analysen der Arten von nationalen, regionalen und lokalen Interventionen, die (nicht) funktionieren und der Gründe für ihr Funktionieren/Nichtfunktionieren, genauere Belege sammeln, um besser zu verstehen, worin die Hindernisse für die Inklusion bestehen; alle Akteure (lokale Behörden, Zivilgesellschaft, Roma/Nicht-Roma-Akteure mit möglicherweise divergierenden Ansichten) in die analytische Arbeit einbeziehen;
- die Verwendung von EU-Mitteln in Zusammenarbeit mit den Verwaltungsbehörden analysieren; wenn in den Monitoring-Berichten festgestellt wird, dass die Mittel nicht wirksam zur Erreichung der Inklusionsziele eingesetzt wurden, mit den lokalen Behörden/Verwaltungsbehörden und Akteuren zusammenarbeiten, um die Gründe dafür zu verstehen und die festgestellten Hindernisse

zu beseitigen;

- enge Verbindungen zwischen den nationalen Roma-Kontaktstellen und den für die Überwachung der EU-Mittel zuständigen Behörden herstellen; sicherstellen, dass die Verwendung von EU-Mitteln für die Roma echte Teilhabemöglichkeiten schafft und die beabsichtigte, im Alltag spürbare Wirkung für sie hat, anstatt anderen Interessen zu nützen.

FÖRDERUNG DER TEILHABE DER ROMA

Die Teilhabe der Roma an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten ist eine Voraussetzung und ein Wegbereiter für Gleichstellung und Inklusion und fördert eine demokratische und effiziente Verwaltung. Bei der Teilhabe und Stärkung der Gestaltungs- und Entscheidungsmacht von Roma geht es darum, den Menschen eine Stimme zu geben und sie zu befähigen, auf neue, lebensbejahende Weise zu handeln. Inklusion öffnet den Weg für Aktionen und gibt den Menschen die Möglichkeit, daran teilzunehmen. Teilhabe und Stärkung der Gestaltungs- und Entscheidungsmacht sind Grundsätze und Prozesse zur Verbesserung der Lebensbedingungen und Lebensergebnisse der Menschen. Die Unterstützung einer sinnvollen Teilhabe der Roma an der Politikgestaltung auf lokaler, nationaler und EU-Ebene ist eine Vorbedingung für die Bekämpfung der Ausgrenzung. Von Roma geführte und für Roma eintretende Organisationen der Zivilgesellschaft sind besonders wichtige Akteure. Bei der Koordinierung der Entwicklung nationaler strategischer Rahmen werden die nationalen Roma-Kontaktstellen dazu angeregt, partizipatorische Modelle zu fördern, z. B. indem thematische Arbeitsgruppen gebildet werden, die Bedarfsanalysen, Prioritäten, Zielvorgaben und Maßnahmen in Schlüsselbereichen entwickeln, oder indem nationale, regionale, lokale und nichtstaatliche Akteure zusammengebracht und die Teilhabe der Roma sichergestellt wird. Diese Modelle und Strukturen könnten in der Folge zur Überwachung und Bewertung der Umsetzung genutzt werden.

Nationale strategische Rahmen für die Roma sollten

- ein Mindestmaß an obligatorischen Aspekten und Kanälen für die Teilhabe der Roma an der Politikentwicklung, -umsetzung und -beobachtung und der Programmplanung für die EU-Mittel festlegen, einschließlich durch schriftliche Teilhabeprotokolle, in denen das Mandat (Umfang und Art des Engagements), die Zusammensetzung (Grundsätze für die Auswahl der Mitglieder), die Arbeitsmethoden und die erwarteten Ergebnisse der Konsultations- und Teilhabegremien festgelegt werden, um eine wirksame Zusammenarbeit, Vertrauen und Rechenschaftspflicht sicherzustellen;[3]
- Möglichkeiten für die Stärkung der Gestaltungs- und Entscheidungsmacht von Roma-Gemeinschaften auf lokaler Ebene schaffen, um eine gemeinschaftliche Eigenverantwortung und Aktionen zu ermöglichen, die ausdrücklich auf die Erwirkung sozialer und politischer Veränderungen abzielen. Die Mobilisierung von Gemeinschaften sollte als ein bewusst auf Inklusion und Teilhabe ausgerichteter Prozess betrachtet werden, an dem Roma, lokale Behörden und Organisationen beteiligt sind;
- sicherstellen, dass die Roma in ihrer ganzen Vielfalt (einschließlich Staatsangehörige und Nichtstaatsangehörige, marginalisierte und integrierte Roma, Frauen, Kinder und junge Menschen) in den Politik- und Konsultationsprozessen vertreten sind;
- die lokalen Maßnahmen verbessern, indem mehr fachlich qualifizierte Roma als Mittler eingesetzt werden und dazu beitragen, den anhaltenden Vertrauensmangel zwischen den Roma und den Mehrheitsgemeinschaften zu überwinden;
- die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit zwischen auf Roma ausgerichteten bzw. allgemeine Ziele verfolgenden Organisationen fördern, insbesondere solchen, die sich für die Rechte von Kindern, jungen Menschen und Frauen einsetzen;
- EU- und andere Mittel zur regelmäßigen Unterstützung des Kapazitätsaufbaus nutzen (bei der Gleichstellungsprüfung, Teilhabe usw.), insbesondere für Akteure, die Basisarbeit leisten, und die lokale Zivilgesellschaft;
- *in Ländern mit einer großen Roma-Bevölkerung:*
    - positive Maßnahmen zur Erhöhung der Teilhabe der Roma an der nationalen und lokalen Verwaltung in den Bereichen Gleichstellung und Inklusion, Forschung usw. fördern und
    - die Einrichtung nationaler Roma-Dachorganisationen für eine nachhaltige Konsultation und Teilhabe an politischen Diskussionen in Erwägung ziehen. Diese sollten institutionelle Kernzuschüsse von nationalen Regierungen oder regelmäßige Unterstützungsbeiträge der

[3] Violetta Zentai, Georgeta Munteanu und Simona Torotcoi, *The quality of participation in a post-2020 EU initiative for Roma equality and inclusion*, Expertenberichte, die auf zukunftsorientierten Aspekten der Bewertung des EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma aufbauen, 2020, S. 41, 59-60.

Zivilgesellschaft erhalten.

VIELFALT WIDERSPIEGELN

Es ist von entscheidender Bedeutung, bei der Gestaltung nationaler strategischer Rahmen die Vielfalt unter den Roma und Roma-Gemeinschaften anzuerkennen. Der Strategische Rahmen der EU für die Roma unterstützt die Stärkung der Gestaltungs- und Entscheidungsmacht von den Roma zugehörigen Frauen, jungen Menschen und Kindern (und den Roma zugehörigen Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen, LGBTI+ und mobilen EU-Bürgerinnen und -Bürgern), damit sozioökonomische Unterschiede überwunden werden und sie ihre Rechte voll ausüben, ihr Potenzial ausschöpfen und aktive Akteure des Wandels sein können.

Nationale strategische Rahmen für die Roma sollten

- die Bedürfnisse und die Situation aller Roma (auch ausländischer, nicht aus der EU stammender und staatenloser Roma) beurteilen;
- sich mit Mehrfachdiskriminierung und Intersektionalität befassen, die den Grad der Ausgrenzung verstärken;
- mit Inklusions- und Armutsbekämpfungsmaßnahmen auf die am stärksten marginalisierten Roma-Gruppen abzielen (ohne andere Gruppen in einer ähnlichen Situation auszuschließen) und auf alle Roma mit Maßnahmen zur Förderung der Teilhabe eingehen sowie auf Roma und Nicht-Roma mit Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung von Antiziganismus und Diskriminierung;
- spezifische Ziele und gezielte Maßnahmen für den Roma zugehörige Frauen, Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderungen, ältere Personen, mobile EU-Bürger, staatenlose Roma und Roma aus Nicht-EU-Ländern (soweit relevant) festlegen und die Indikatoren nach Geschlecht und Alter aufschlüsseln;
- sich mit der Geschlechterdimension in allen Bereichen befassen, insbesondere in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Gesundheit, Kindergeld und Bekämpfung von (Mehrfach-)Diskriminierung, einschließlich (häuslicher) Gewalt und Ausbeutung; die Teilhabe fördern und sicherstellen, dass bei den Maßnahmen die Genderproblematik mitbedacht wird;
- den Zugang von Roma-Frauen zur Justiz unterstützen, um häusliche Gewalt und andere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern/zu überwinden;
- sich in einer transnationalen Zusammenarbeit engagieren, um die Herausforderungen und Chancen, die sich aus der transnationalen Mobilität der Roma ergeben, wirksamer anzugehen und den Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Wohnraum, Gesundheitsversorgung und anderen sozialen Diensten sicherzustellen;
- der Staatenlosigkeit unter den Roma ein Ende setzen, indem eine universelle Geburtenregistrierung und Zugang zu Identitätsdokumenten und formelle Verfahren zur Feststellung der Staatenlosigkeit sowie ein universeller Zugang zu Dienstleistungen sichergestellt werden.

KOMBINATION VON ALLGEMEINEN UND ZIELGERICHTETEN ANSÄTZEN

Während Anti-Roma-Diskriminierung und -Ausgrenzung einen fortgesetzten zielgerichteten Ansatz rechtfertigen, besteht der Sinn der Zielausrichtung darin, die effektive Inklusion und Gleichstellung der Roma in allen Lebensbereichen zu fördern. Dies setzt eine inklusive Reform der allgemeinen Politik voraus, für die eine kluge Kombination von gezielten und Mainstream-Ansätzen erforderlich ist. Gezielte Maßnahmen sollten befristet sein und dazu dienen, die zusätzlichen Benachteiligungen und Diskriminierungen, denen Roma ausgesetzt sind, abzuschwächen. Die Zielausrichtung sollte explizit (wenn auch nicht unbedingt auf der ethnischen Zugehörigkeit basierend), aber nicht exklusiv sein, d. h. Nicht-Roma, die sich in der gleichen Situation befinden, sollten nicht ausgeschlossen werden.

Nationale strategische Rahmen für die Roma sollten

- darlegen, wie die spezifischen gezielten Maßnahmen (Schutzmaßnahmen) die Barrieren angehen, die Roma daran hindern, Zugang zur allgemeinen Politik zu erhalten und von ihr zu profitieren, und darlegen, wie die öffentliche Politik so gestaltet werden kann, dass sie die Roma stärker einbezieht;
- den Zugang zu Rechten und allgemeinen Dienstleistungen für Roma mit zusätzlicher gezielter Unterstützung fördern, ohne jedoch dauerhafte Parallelstrukturen zu schaffen;
- die Intervention territorial ausrichten, um sicherzustellen, dass sie den örtlichen Gegebenheiten Rechnung trägt; in breit angelegten Interventionen (z. B. zur Bekämpfung extremer Armut) sowohl auf territoriale wie auch auf soziale Gruppen ausgerichtet sein und sicherstellen, dass die Interventionen die Roma-Bevölkerung erreichen;
- *in Ländern mit einer großen Roma-Bevölkerung:*
    - wichtige Mainstream-Maßnahmen einem Screening/Audit unterziehen, um ihre Auswirkungen auf die Gleichstellung und Inklusion der Roma zu bewerten;
    - darlegen, wie die EU-Mittel für eine inklusive Reform der Mainstream-Politik (z. B. Aufhebung der Segregation im Bildungs- oder Wohnungswesen) und für gezielte Maßnahmen verwendet werden sollen, und
    - Vorkehrungen für die durchgehende Verankerung des Themas Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma auf regionaler und lokaler Ebene treffen.

MAßNAHMEN MIT MULTIPLIKATORWIRKUNG ZUR VERHINDERUNG/MILDERUNG DER UNVERHÄLTNISMÄßIG STARKEN AUSWIRKUNGEN VON KRISEN AUF ROMA

Alle zentralen Herausforderungen, vor denen die EU heute steht (einschließlich der Coronavirus-Pandemie, des Klimawandels und des grünen und digitalen Übergangs), haben eine Dimension, die die Gleichstellung und Inklusion der Roma betrifft. Es sollte besonders darauf geachtet werden, dass diskriminierte und marginalisierte Gruppen, insbesondere unter den Roma, nicht gezwungen sind, einen unverhältnismäßig hohen Anteil der Belastung durch Krisen und Übergänge zu tragen. Notfallmaßnahmen und längerfristige Wachstumsstrategien sollten gezielte zusätzliche Unterstützung für die Inklusion dieser Gruppen beinhalten. Es sollten Lehren aus der Coronavirus-Pandemie gezogen werden, von der marginalisierte Roma-Gemeinschaften unverhältnismäßig stark betroffen waren, auf die sie offensichtlich die schlimmsten kurzfristigen gesundheitlichen und mittel-/langfristigen wirtschaftlichen Auswirkungen hatte. Nationale strategische Rahmen für die Roma sollten dazu beitragen, die Auswirkungen der Coronavirus-Krise zu mildern und alle Akteure besser für den künftigen Umgang mit solchen Ereignissen zu rüsten.

Nationale strategische Rahmen für die Roma sollten

- eine wirksame Datenerfassung und Überwachung der sozioökonomischen Auswirkungen (nach Alter, Geschlecht und medizinischem Bedarf) planen, um wirksame und maßgeschneiderte politische Maßnahmen sicherzustellen, mit denen auf die bestehende und künftige Pandemien reagiert wird;
- kurz-, mittel- und langfristige Bedürfnisse berücksichtigen und die Betroffenen in die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen einbeziehen;
- die Bemühungen der lokalen Behörden unterstützen, auf die dringendsten Bedürfnisse der Roma-Gemeinschaften einzugehen (z. B. Zugang zu Unterkünften, einschließlich Nahrung und Wasser, Zugang zu kostenlosen Gesundheitsdiensten und finanzielle Unterstützung für Roma-Familien in prekären wirtschaftlichen Situationen);
- den Bemühungen zur Bekämpfung struktureller Ungleichheiten und des mangelnden Zugangs der Roma-Gemeinschaften zu grundlegenden Dienstleistungen und Infrastruktur Priorität einräumen;
- sicherstellen, dass Maßnahmen und/oder Aktionen, bei denen EU- und nationale Mittel eingesetzt werden, die Bedürfnisse der am stärksten marginalisierten und benachteiligten Gemeinschaften erreichen und decken;
- den Zugang der Roma zu sicherem und sauberem Trinkwasser fördern[4];
- den Zugang zu sanitären Einrichtungen verbessern und die Kontinuität der Grundversorgungsdienste im Falle einer Pandemie sicherstellen;
- die Gesundheitskompetenz der Roma-Bevölkerung fördern;
- die Verbreitung genauer, klarer und evidenzbasierter Informationen und Sensibilisierungskampagnen als wirksame Instrumente gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit fördern;
- für eine regelmäßige Überwachung der Umweltbedingungen und -risiken sorgen, die speziell benachteiligte Roma-Gemeinschaften betreffen, und Maßnahmen ergreifen, um gefährliche oder unhygienische Zustände zu beheben;
- die Kohärenz zwischen Notfall- und Erholungsmaßnahmen und allgemeinen Initiativen wie dem „Grünen Deal“, der Digitalisierung, der Europäischen Säule sozialer Rechte, den Nachhaltigen Entwicklungszielen, dem Europäischen Semester und allgemeinen Strategien, Programmen und Reformen fördern.

[4] Die Trinkwasserrichtlinie (Erwägungsgrund 31 und Artikel 16) fordert von den Mitgliedstaaten, die besondere Lage von Minderheitenkulturen wie Roma und „Fahrenden“, ob sesshaft oder nicht sesshaft, zu berücksichtigen, indem sie die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um ihren Zugang zu Wasser für den menschlichen Gebrauch zu verbessern.

FÜR DIGITALE INKLUSION SORGEN

Als Schulen, Hochschulen und Büros durch die Coronavirus-Pandemie zur Schließung gezwungen waren, wandten sich alle dem Internet als Rettungsanker zu. Die Massen-Umstellung auf Online-Bildung, Telemedizin usw. setzte voraus, dass jeder über einen Internetzugang verfügt. Die Krise offenbarte jedoch erschreckende globale Ungleichheiten beim Online- und Fernunterricht. Roma lassen sich häufig in ländlichen Gebieten nieder, in Gebieten, die beim Zugang zu Hochgeschwindigkeits-Breitbandinfrastrukturen noch im Rückstand sind. Für marginalisierte Roma, die nur wenig oder gar keinen Zugang zu IT-Ausrüstung oder digitalen Kompetenzen haben, brachten die Auswirkungen der Pandemie tief verwurzelte strukturelle Ungleichheiten ans Licht. Sie bedeuten das Risiko, dass Roma-Kinder unterdurchschnittliche Leistungen erbringen und in ihrer schulischen Leistung zurückbleiben und dass Erwachsenen Echtzeitinformationen und Arbeitsmöglichkeiten vorenthalten bleiben. Die grundlegenden Herausforderungen im Zusammenhang mit Ungleichheit, Diskriminierung und Ausgrenzung im digitalen Zeitalter müssen angegangen werden, um sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird. Der erfolgreiche Einsatz digitaler Technologien sowie die Widerstandsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit Europas hängen davon ab, ob die Menschen Zugang zu der notwendigen Infrastruktur, Ausrüstung und zu digitalen Kompetenzen haben.

Nationale strategische Rahmen für die Roma sollten

- die digitale Ausgrenzung der Roma durch Ermöglichung des Zugangs zu digitalen Technologien bekämpfen, insbesondere durch Zugang zu und Unterstützung von Online- und Fernunterricht, wenn Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen geschlossen werden, wie während der Coronavirus-Pandemie;
- Synergien mit anderen politischen Initiativen (insbesondere solchen, die sich mit öffentlichen, online angebotenen elektronischen Behörden- und kommerziellen Diensten befassen) fördern, um die Nutzbarkeit öffentlicher Dienste zu verbessern und inklusive elektronische Behördendienste zu fördern, indem sie spezifische Maßnahmen zur Bereitstellung öffentlicher Dienste für die Roma und ihre Einbindung unter besonderer Berücksichtigung der ländlichen Gebiete ergreifen;
- die digitalen Fertigkeiten und Kompetenzen[5] der Roma verbessern, durch:
  1) Verbesserung des Zugangs zu digitalen Geräten und Netzwerkverbindungen (z. B. öffentliche Internet-Zugangspunkte in benachteiligten Gebieten);
  2) Förderung grundlegender digitaler Fertigkeiten und Kompetenzen mit der Perspektive des lebenslangen Lernens und Angebot entsprechender Schulungen;
  3) Verbesserung der Qualität der Nutzung und Teilhabe der Roma an der Informationsgesellschaft;
  4) Förderung der Berichterstattung über diskriminierende Online-Praktiken beim Zugang zu und bei der Nutzung von Dienstleistungen;
  5) Einbettung von Initiativen zur digitalen Kompetenz in lokale sozioökonomische Kontexte und deren Anpassung an die spezifischen Bedürfnisse und Bedingungen der Roma-Gemeinschaften;
  6) Förderung und Unterstützung von Initiativen zur digitalen Kompetenz[6], die:
  - die Motivation und das Bewusstsein in Bezug auf die Nutzung des Internets fördern,
  - bezahlbar und nachhaltig sind,
  - deren Inhalte und Vermittlungsformen an die Roma angepasst sind (neue Lehrmethoden, informelles Lernen usw.),

[5] Der Referenzrahmen für digitale Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger identifiziert fünf Komponenten der digitalen Kompetenz: Informations- und Datenkompetenz, Kommunikation und Zusammenarbeit, Erstellung digitaler Inhalte, Sicherheit und Problemlösung.

[6] Der Referenzrahmen für digitale Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger definiert Informations- und Daten-/Digitalkompetenz als die Fähigkeit, Informationsbedürfnisse zu artikulieren; digitale Daten, Informationen und Inhalte zu finden und abzurufen; die Relevanz der Quelle und ihres Inhalts zu beurteilen und digitale Daten, Informationen und Inhalte zu speichern, zu verwalten und zu organisieren.

- zugänglich und nutzbar sind;

- Förderung des Einsatzes digitaler Lösungen für die Gesundheitsversorgung sowohl für Patienten als auch für Angehörige der Gesundheitsberufe, um die Kontinuität der Versorgung und sichere Behandlungsmethoden sicherzustellen;
- Überprüfung strategischer Rahmen für die digitale Inklusion, um die von Roma erfahrenen Hindernisse zu bewerten.

FÜR UMWELTGERECHTIGKEIT SORGEN

Die Umweltdiskriminierung[7], mit der zahlreiche Roma-Gemeinschaften konfrontiert sind, rückt ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Diese lange vernachlässigte Realität hat ihre unverhältnismäßigen Auswirkungen während der Coronavirus-Pandemie offenbart, als sich zeigte, dass marginalisierte Gemeinschaften anfälliger für Kontamination und andere damit verbundene Gesundheitsprobleme waren. Die Gesundheitsrisiken werden durch unangemessene Lebensbedingungen und Segregation verschärft, was die Roma noch weiter in die sozioökonomische Ausgrenzung treibt.

Nationale strategische Rahmen für die Roma sollten

- Umweltdiskriminierung anerkennen und bekämpfen, insbesondere da sie marginalisierte Roma-Gemeinschaften in segregierten Gebieten (als Ausdruck von Antiziganismus) betrifft; das Verständnis dafür fördern, wie Umweltdiskriminierung und ein Mangel an Umweltdienstleistungen marginalisierte Roma dazu zwingen, in ökologisch degradierten Gebieten zu leben;
- sich auf den Zugang zu Wasser, angemessenen Sanitäreinrichtungen, Abfallsammel- und -entsorgungsdienste konzentrieren und die anhaltende räumliche Segregation als Ursache für die Umweltdiskriminierung im Bereich Wohnen und grundlegende Dienste bekämpfen;
- den unzureichenden Zugang der Roma zu grünen Lebensräumen mit Erholungswert beheben;
- umweltbedingte Gesundheitsrisiken verhindern und die gesundheitlichen Auswirkungen der Belastung durch Umweltverschmutzung und Kontamination bekämpfen;
- Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz für Personen sicherstellen, die unter weniger günstigen Umweltbedingungen arbeiten.

[7] Unter Umweltdiskriminierung leiden Roma, die in segregierten Siedlungen unter umweltgefährlichen Bedingungen leben (in der Nähe von Mülldeponien, verlassenen Industriestandorten oder überschwemmungsgefährdeten Gebieten), denen es an grundlegenden Umwelterfordernissen wie Wasser- und Abfallmanagement mangelt. Siehe *Pushed to the wastelands: environmental racism against Roma communities in central and Eastern Europe*. Zu konzeptionellen Erläuterungen und Quellen siehe die Website des Energy Justice Network.

FÖRDERUNG DER KUNST, GESCHICHTE UND KULTUR DER ROMA (BZW. DES BEWUSSTSEINS DAFÜR)

Die Kunst, Geschichte und Kultur der Roma sind integrale Bestandteile unserer europäischen und nationalen Landschaften. Im Laufe der Jahrhunderte wurden die Darstellungen der Kultur und Identität der Roma jedoch romantisiert und stereotypisiert, was die Entfremdung der Roma-Gemeinschaften von den allgemeinen Gesellschaften noch verstärkt hat. Kulturelle Anerkennung sollte durch Roma-Narrative aufgebaut werden.

Nationale strategische Rahmen für die Roma sollten

- den Beitrag der Kunst und Kultur der Roma zum nationalen und europäischen Erbe anerkennen und das Bewusstsein dafür stärken wie auch das Eigentumsrecht der Roma an diesen Beiträgen;
- Plattformen zur Erleichterung von Kontakten zwischen Roma und Nicht-Roma auf lokaler Ebene durch die Förderung von traditioneller und moderner Kunst, Handwerk und Kultur der Roma unterstützen, wie auch das Wissen über die Geschichte der Roma;
- Sensibilisierungsaktivitäten in Zusammenarbeit mit Medienbetreibern zur Unterstützung einer selbstkonstruierten Roma-Identität und eines kulturellen Erbes fördern;
- romafeindliche Vorurteile und Stereotypen bekämpfen;
- den 2. August zum europäischen Holocaust-Gedenktag für die Roma erklären und ihn begehen, um der Opfer des Völkermords an den Roma im Zweiten Weltkrieg zu gedenken;
- einen integrierten Ansatz zum Holocaust-Gedenken fördern, indem am Internationalen Holocaust-Gedenktag (27. Januar, Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau) des Schicksals der Roma gedacht wird;
- die Roma-Gemeinschaften in nationale kulturelle Narrative integrieren, indem Kunst, Geschichte und Kultur der Roma in Sammlungen in nationalen Archiven, Museen und ständigen Kunstausstellungen aufgenommen werden; angemessene Mittel für die Erhaltung, Bewahrung und Entwicklung der Kunst und Kultur der Roma bereitstellen, unter anderem durch die Förderung von Festivals;
- die Romani-Sprache und die Geschichte der Roma in die Lehrpläne und Schulbücher sowohl für Roma- als auch für Nicht-Roma-Schüler aufnehmen; multikulturelle Sensibilisierungsaktivitäten und -kampagnen in Schulen fördern;
- Möglichkeiten zur Stärkung der Gestaltungs- und Entscheidungsmacht der Roma bieten und Roma-Unternehmer und Selbstständige mit lokalen Unternehmen, die die Traditionen und Kultur der Roma fördern, unterstützen.

FÖRDERUNG VON SOZIALER INNOVATION UND POLITISCHER ERPROBUNG

Soziale Innovation und politische Erprobungen stellen neue Ansätze aus dem Bereich des sozialen Wandels dar. Sie umfassen Ideen, Verfahrensweisen und Initiativen, die in die verschiedenen Ebenen eines Systems eingreifen, um einen tiefgreifenden Wandel und dauerhafte positive Auswirkungen zu katalysieren. Als solche können sie sinnvolle Instrumente zur Förderung der Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma und ihrer Gestaltungs- und Entscheidungsmacht sein.

Die EU-Politik definiert „soziale Innovationen" als Tätigkeiten, die sowohl in Bezug auf ihre Zielsetzungen als auch ihre Mittel sozial sind, insbesondere diejenigen, die sich auf die Entwicklung und Umsetzung neuer Ideen (für Produkte, Dienstleistungen und Modelle) beziehen, die gleichzeitig soziale Bedürfnisse decken und neue soziale Beziehungen oder Kooperationen schaffen und dadurch der Gesellschaft nützen und deren Handlungspotenzial erweitern.[8] Unter „sozialpolitischen Erprobungen" sind politische Interventionen zu verstehen, die eine innovative Antwort auf soziale Bedürfnisse geben und im kleinen Maßstab und unter Bedingungen durchgeführt werden, die es ermöglichen, ihre Wirkung zu messen, bevor sie – wenn die Ergebnisse überzeugend sind – in anderen Zusammenhängen oder in einem größeren Maßstab durchgeführt werden.[9]

Nationale strategische Rahmen für die Roma sollten

- die Entstehung nationaler Allianzen für Lernen und Innovation in Bezug auf Inklusion unterstützen und dazu Akteure aus dem gesamten Ökosystem zusammenbringen (einschlägige Roma-Fachorganisationen mit Unternehmen/Industrie, sozialen Inkubatoren und Netzwerken von Veränderungsakteuren, Botschaften, Forschungseinrichtungen);
- gemeinsame Ko-Kreationsprozesse mit nationalen/regionalen Akteuren, Philanthropie-Organisationen und Organisationen mit sozialen Zwecken starten, um Bedürfnisse, verfügbare Ressourcen und Möglichkeiten für gemeinsame systematische Maßnahmen zu ermitteln (auch mit der verfügbaren beratenden Unterstützung der EU);
- die Inkubation ergebnisorientierter Projekte unterstützen, die sich mit zentralen Bereichen der sozialen Dienste befassen (Zugang zu Wohnraum, Versorgungseinrichtungen, grundlegenden öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen usw.);
- das Lernen über Arbeitsansätze zu den verschiedenen Themen/Sektoren katalysieren und akkumulieren, während gleichzeitig Schlüsselakteure aus den verschiedenen Sektoren (öffentlich, privat, zivil) für die gemeinsame Zusammenarbeit aktiviert und befähigt werden;
- mit sozialpolitischen Maßnahmen experimentieren (z. B. der Bereitstellung von Einkommensgrundsicherungen), um Modelle zu entwickeln und alternative Mechanismen für die Bereitstellung von Sozialleistungen zu testen;
- die Mobilisierung von Privatkapital ausloten, wie auch die Zusammenlegung von Geldern mit z. B. philanthropischen Organisationen durch mögliche Matching-Programme, um auf nicht behandelte Bedürfnisse der gefährdetsten Gruppen einzugehen;
- neue Dienstleistungs- oder Bereitstellungsmodelle sowie eine erweiterte Bereitstellung durch ergebnisorientierte Partnerschaften ausloten;
- die Bündelung und Integration gezielter und flexibler Finanzierung unterstützen;
- die Einrichtung von Kompetenzzentren für soziale Innovation fördern (die durch transnationale Aktivitäten des ESF+ unterstützt werden sollen), und Mandate zur Unterstützung der Inklusionsbedürfnisse der Roma erteilen.

[8] Vgl. Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) 2018/0206(COD) (COM(2018) 382 final) vom 30.5.2018, Artikel 2 Absatz 16.
[9] Ebd., Artikel 2 Absatz 17.